



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 14. Mai 2013
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stefan Spallek

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 09/13, 11/13

(Drucksachenband 173)

Drucksachenlisten DL Nrn. 12/13, 14/13

(Drucksachenband 174)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0027 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0028 Genehmigung der Niederschrift vom 12.03.2013

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 12.03.2013 wird genehmigt.

Einstimmig

0029 13-F-33-0040

Projekt HaLT!
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 07.05.2013 -

Stv. Weck begründet den Antrag. In der letzten Sitzung sei über Testkäufe gesprochen worden und man hätte jetzt gern auch Zahlen zum Projekt HaLT!. Das Projekt sei ein gutes Projekt.

Lt. Stadträtin Zeimetz läuft das Projekt seit 2007 mit großem Erfolg und wird immer weiter verbessert. Einen Bericht kündigt sie an.

Einstimmig

0030 13-F-03-0045

Wiesbaden nazifrei
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 07.05.2013 -

Stv. Kisseler begründet den Antrag.

Mittlerweile werde eine andere Strategie gefahren. In nahe liegenden Städten wird eine Demo von gleichen Gruppen angemeldet und nicht mehr auf einen bestimmten Ort allein. Es war ein Erfolg, dass in Wiesbaden kein Aufmarsch stattfand, aber in Hanau gab es diesen.

Er fragt nach, ob man sich nicht dem entgegenstellen könne. Gerade an einem Tag wie dem 1. Mai, sei die Polizei sowieso unterwegs (69 Busse Bereitschaftspolizei waren in Wiesbaden).

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 14. Mai 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stadträtin Zeimetz nimmt zu dem Antrag Stellung und berichtet, dass das Argument der Antragsteller sich in sich widerspricht. Lt. Antrag soll die Demo verboten werden, auf der anderen Seite ist mit Gegendemonstrationen zu rechnen - das sei nicht planbar in der Kürze der Zeit.

Die Anmeldung kam nach Büroschluss 2 Tage vor der Veranstaltung. Der Anmelder war eine natürliche Person aus Bad Hersfeld, der Hintergrund der Veranstaltung war nicht erkennbar. Mitarbeiter in dem Fachbereich merkten allerdings sofort, dass es sich um Rechtsextreme handeln könnte.

Es blieben 2 Tage Zeit, in denen die Ansätze für eine Verbotsverfügung geprüft wurden. In Frankfurt wurde eine Verbotsverfügung erlassen und vorm VGH aufgehoben.

Die Vorbereitung von Gegenmaßnahmen gestaltet sich schwierig. Spätestens 48 Std. vor der Veranstaltung muss diese angemeldet werden.

Am Kranzplatz war eine Gegenveranstaltung des DGB geplant. Ursprünglich sollte die Demo vom Hauptbahnhof aus in die Stadt marschieren - das wurde verboten. Genehmigt wurde eine Kundgebung am Bahnhofsvorplatz. Dazu wurden 3 Seiten Auflagen verfügt, u. a. eine Meldeverpflichtung alle halbe Stunde.

Sie weist darauf hin, dass sich die Versammlungsbehörde nur Recht und Gesetz orientiere. Die NPD sei nicht verboten.

Es nütze nichts, Verbotsverfügungen zu erlassen, die vom Verwaltungsgericht aufgehoben werden müssen. Dies würde nur die Verantwortung auf die Gerichte abwälzen.

Stv. Dr. Wittkowski bekräftigt ebenfalls, dass die LHW nicht einfach eine Demo verbieten könne. Jeder Einzelfall müsse geprüft werden. Es müssen ganz erhebliche Gefahren für Leib und Seele der Bevölkerung entstehen können. Auch die Ablehnung des Gedankenguts rechtfertigt kein Verbot.

Für Stv. Kisseler ist es kurios, dass man bei Gegendemos regelmäßig von der Polizei gesagt bekomme, dass man das alles gar nicht mehr stemmen könne und polizeilicher Notstand herrsche. Er weist außerdem darauf hin, dass nicht in allen Städten Klage eingereicht wurde, obwohl es Verbotsverfügungen gab.

Stv. Schickel stellt fest, dass wir in einem Rechtsstaat leben. Er und seine Fraktion stünden sicher nicht im Verdacht, rechtes Gedankengut zu vertreten. Er hofft auf ein NPD-Verbot, aber selbst dann könne man die Denke nicht verbieten, auch wenn die NPD verboten werden sollte. Man müsse mit der derzeitigen Situation leben, denn man habe keine Handhabe, um die Demo zu verbieten.

Er beantragt, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären.

Stv. Braun möchte wissen, wie es Stadtrat Grella geschafft habe, Veranstaltungen zu verbieten.

Frau Stadträtin Zeimetz berichtet, dass es in der Vergangenheit 1 Verbotsverfügung gab, die Bestand hatte. Der Anmelder war in strafrechtlicher Hinsicht in Erscheinung getreten, daher hat das Gericht die Verbotsverfügung nicht aufgehoben. Beim VGH wurde die Verfügung letztlich aber dann doch aufgehoben.

Auch der polizeiliche Notstand ist nur schwer zu begründen (auch am 1. Mai) und ist sicher auch geprüft worden.

In Hanau gab es gar keine Anmeldung, die Demonstranten sind dort einfach aufgeschlagen.

Man darf nicht vergessen, dass man von einem Grundrecht spricht (Versammlungsfreiheit), auch wenn einem persönlich die Gruppierung nicht gefällt. Man müsse sich an Recht und Gesetz halten.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 14. Mai 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vors. Spallek weist darauf hin, dass niemand eine JN-Veranstaltung in Wiesbaden haben möchte. Sie sollten möglichst keine Plattform bekommen. Aber im jetzigen Zustand müsste es auf Bundesebene ein Verbot geben, dann sähe die Situation anders aus.

Er erkenne die noblen Interessen, die aus dem Antrag sprächen durchaus an, aber man könne keinen Rechtsbruch dulden.

Man wolle es der JN aber so schwer wie möglich machen. Die juristischen Argumente seien weitestgehend vorgetragen.

Stv. Kisseler fragt nach, wie der Antrag denn erledigt werden solle und weist noch einmal darauf hin, dass es in anderen Städten durchaus Verbote gäbe.

Da der Antrag durch Aussprache erledigt werden soll, kündigt Stv. Kisseler an, dass Bündnis90/Die Grünen sich nicht an der Abstimmung beteiligen werden.

Abschließend erklärt Stv. Schickel, dass er es sich nie habe träumen lassen, dass er wieder so etwas erleben müsse. Er habe versucht, die juristische und die politische Seite zu berücksichtigen, denkt aber, dass dies bei der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen nicht richtig rüber komme.

Der Antrag auf Erledigung durch Aussprache wird wie folgt abgestimmt:

Enth. Linke&Piraten bei Nichtbeteiligung von Bündnis90/Die Grünen angenommen

0031 13-F-08-0036

Christopher Street Day
- Antrag von Linke&Piraten vom 07.05.2013 -

Herr Baum (Hauptamt) berichtet, dass die Verwaltung bereits Maßnahmen wie im Vorjahr eingeplant haben.

Der Antrag hat sich dadurch erledigt.

Einstimmig

Die beiden nachfolgenden Punkte werden gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt:

0032 13-F-08-0037

Internationaler Tag der Homophobie
- Antrag von Linke&Piraten vom 07.05.2013 -

Stv. Göttenauer begründet den Antrag und weist darauf hin, dass man keinen langen Vorlauf habe (nur 3 Tage).

Vors. Spallek findet, dass man sich nicht den Kopf des Magistrats zerbrechen sollte, der kriege das schon hin

Die weitere Diskussion ist unter Beschluss Nr. 0033 protokolliert.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 14. Mai 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

gegen Bündnis90/Die Grünen und Linke&Piraten abgelehnt

0033 13-F-33-0046

Internationaler Tag der Homophobie
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 14.05.2013 -

Stv. Schickel begründet den neuen gem. Antrag zu diesem Thema.

Vors. Spallek findet das Hissen einer Flagge (Antrag Linke&Piraten) ganz nett, aber fände es angebrachter, sich inhaltlich mit dem Thema zu beschäftigen. Der Sozialdezernent sei Schirmherr der Veranstaltung und man könnte den Magistrat um Begleitung bitten.

Stv. Göttenauer hält eine ideelle Unterstützung in 2014 für eine gute Idee, aber für 2013 bestünde das Problem, dass der Verein zwar eine Flagge habe, aber zum Aufhängen eine Genehmigung braucht.

Stv. Kisseler weist darauf hin, dass die Grünen den Antrag von Linke&Piraten unterstützen.

Stv. Hoffmann findet es gute, dass das Thema publik wird und bittet die Ausschussmitglieder, möglichst die Veranstaltung zu besuchen. Aber ob es dafür eine Flagge braucht?

Die Grünen unterstützen die Ziele von Linke&Piraten lt. Stv. Braun und auch eine Flagge gehöre dazu.

Der gem. Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0034 13-F-08-0038

Sachstand "Rufnummer 115"
- Antrag von Linke&Piraten vom 07.05.2013 -

Stv. Göttenauer begründet den Antrag.

Vors. Spallek berichtet, dass sich der Antrag erledigt habe, dass in 2011 ein entsprechender ausführlicher Bericht der Verwaltung zu diesem Thema vorlag. Man sollte die Verwaltung nicht unnötig mit der Erstellung von Berichten beschäftigen.

Stv. Göttenauer wirft ein, dass man aber über die Kosten nichts wisse.

Auch dazu wird lt. Herrn Schickel und Vors. Spallek in dem schriftlichen Bericht Stellung genommen, der außerdem über WinKoSi einsehbar ist.

Lt. Vors. Spallek sollte man digitale Einsicht nicht nur fordern, sondern sie auch nutzen.

Der Antrag ist erledigt.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 14. Mai 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Einstimmig

0035 13-F-33-0041

Jugendkriminalität in Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 07.05.2013 -

Stv. Weck weist auf Medienberichte hin, die einen Wermutstropfen enthalten. Der Magistrat kann sicher behilflich sein und dem Ausschuss Zahlen beschaffen, auch wenn er sie selber nicht erhebt.

Stv. Dumont du Voitel würde sich wünschen, dass der Bericht auch auf die Örtlichkeiten eingeht: „Wo fühlt ihr euch sicher und wo nicht.“

Stv. Kisseler berichtet von einer Projektwoche der Waldorfschule, die sich genau mit dem Thema beschäftigt habe. Eine Kriminalstatistik sei zu finden, aus der z. B. hervorgeht, dass bei den Erwachsenen 5 Fälle weniger gäbe. Aber die Orte werden wohl nicht erhoben.

Stadträtin hat den Antrag so verstanden, dass es um Relationen gehe. Sie werde die Orte nachfragen und für die Sitzung, in der der Bericht vorgelegt werden wird, Herrn Schäfer evtl. mit einladen.

Der Antrag wird ergänzt um die Örtlichkeiten, in denen man sich sicher oder unsicher fühlt ergänzt wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0036 13-F-33-0042

Mittelverwendung des Ausländerbeirats
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 07.05.2013 -

Vors. Spallek weist darauf hin, dass der gem. Antrag selbsterklärend ist, lediglich die Jahresangabe fehle. Es soll um das lfd. Haushaltsjahr gehen.
Man hätte gern eine Liste auch mit den Ablehnungen.

Einstimmig

0037 12-F-33-0126

Beleuchtung des Mauritiusplatzes
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 01.11.2012 -

Ein schriftlicher Bericht liegt vor und die Lampe leuchtet lt. Vors. Spallek wieder.

**Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 14. Mai 2013**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stadträtin Zeimetz erklärt, dass man vereinbart habe, zeitnah mit der Polizei über dieses Thema unter dem Sicherheitsaspekt zu reden. Es sei wohl bei allen Plätzen wohl so, dass man die Platzränder beleuchtet (entsprechendes Konzept liegt zugrunde), um die Platzfigur zu betonen. Das bedeutet aber, dass der Platzrand heller beleuchtet ist als die Platzmitte.

Stv. Apel möchte wissen, ob dieses Konzept mit der Polizei abgesprochen ist und weist auf angstausslösende Momente hin. Sie bittet Stadträtin Zeimetz, dieses Thema mit anzusprechen.

Lt. Stadträtin Zeimetz wird eine Platzgestaltung häufig unter gestalterischen Gesichtspunkten betrachtet, weniger unter dem Sicherheitsaspekt. Die LED-Leuchten hätten außerdem eine begrenzte Leuchtkapazität. Es gäbe neben dem Mauritiusplatz, der sicher nicht allein im Focus von Sicherheitsfragen steht, auch andere Plätze, wo man den Sicherheitsaspekt mehr in Betracht ziehen sollte.

Sie wird in einer der nächsten Sitzungen dem Ausschuss berichten.

Einstimmig

0038 12-F-33-0127

Diebstahl auf Friedhöfen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 05.11.2012 -

Der endgültige Bericht sollte lt. Stadträtin Zeimetz im Mai vorgelegt werden. Man habe auch einige Rückläufe aus den Ortsbeiräten, wobei schon gesagt werden kann, dass ein Großteil keine Notwendigkeit zur Schließung sieht. Die Problemlage sei allerdings unterschiedlich. Der Friedhof in Kastel werde weiter geschlossen.

Im Moment suche man nach einer Lösung für die Friedhöfe, wo eine Schließung vorgesehen ist. Beim Nordfriedhof kommt z. B. dazu, dass er durch seine Größe nicht einfach zu einer bestimmten Zeit geschlossen werden kann. Es ist nicht überschaubar, ob sich noch Menschen auf dem Gelände befinden. Schließdienste sind relativ teuer. Im Moment werde geprüft, ob z. B. Mitarbeiter gegen ein Entgelt diese Aufgabe übernehmen können.

Dazu wird ein gesonderter Bericht vorgelegt.

Stv. Schickel berichtet, dass es auch tagsüber dreiste Diebstähle gäbe.

Dazu hat Stadträtin Zeimetz keinen Überblick. Sie geht davon aus, dass dies auf kleineren Friedhöfen eher nicht passiert. Sie sei aber von den Ergebnissen z. T. überrascht gewesen.

Vors. Spallek geht davon aus, dass Diebstähle, die tagsüber passieren, nicht gemeldet oder die Diebe auch nicht angesprochen werden.

Die Angelegenheit kommt bei Vorlage des endgültigen Berichts erneut zum Aufruf.

Einstimmig

0039 13-F-33-0003

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 14. Mai 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Open Data
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 25.01.2013 -

Stv. Göttenauer fragt nach Einzelpunkten aus der Aufschlüsselung.

Herr Kremer (20-ITM) erklärt, dass zu Aufwänden, die in der Verwaltung anfallen, Entscheidungen getroffen werden müssen. Man muss desweiteren klären, in welchen Strukturen man Daten herausgeben kann. Dies kann nicht von Externen gemacht werden.

Stv. Göttenauer hält die Entwicklungskosten für zu hoch.

Herr Kremer weist darauf hin, dass es sich um eine 1. Schätzung handelt. Man müsste alle Daten anfassen und verwenden, um genauer Zahlen liefern zu können. In Berlin und anderen Städten wurden später Grenzen gezogen, welche Daten man herausgeben kann. Wenn man sich auf einen Teil der Daten beschränkt, sind die Kosten natürlich geringer. Es gäbe allein rd. 280 Verfahren mit Datenbanken bei der LHW.

Der Antrag ist durch den schriftlich vorgelegten Bericht erledigt.

Einstimmig

0040 12-F-03-0008

Wiesbaden ist FairtradeTown?
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 23.01.2012 -

Einstimmig

0041 13-V-07-0002

Zusätzliche Ordnungskräfte im Rahmen eines Sicherheits- und Sauberkeitsprojektes

Stv. Göttenauer begründet einen Änderungsantrag.

Vors. Spallek stellt klar, dass sich der Änderungsantrag auf personalrechtliche Dinge bezieht und seine Fraktion diesen Änderungsantrag ablehnen wird. Der Ausschuss wird über die Entwicklung des Projekts unterrichtet, aber dies ist sicher nicht in einem jährlichen Abstand notwendig.

Stadträtin Zeimetz macht deutlich, dass es gut wäre, wenn die zusätzlichen Mitarbeiter/innen ihre Zeit nicht mit dem Schreiben von Berichten verbringen müssen. Der Verwaltungsaufwand ist bei jährlichen Berichten einfach zu hoch.

Eine unbefristete Beschäftigung ist an Vorgaben gebunden. Dadurch würde z. B. der Stellenplan ausgeweitet, was bei der momentanen Sachlage haushaltsrechtlich gar nicht möglich ist. Sie würde eine Dauerbeschäftigung auch begrüßen, dies ist aber nicht möglich. Das Personal- und

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 14. Mai 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Organisationsamt hat die Vorgaben gründlich geprüft. Man kann aber davon ausgehen, dass sich die befristet Beschäftigung in näherer Zukunft auf unbefristete Stellen bewerben können, da es immer Fluktuation in diesem Bereich gibt.

Herr Tischel wirft ein, dass die Fluktuation damit zu tun hat, dass bei der Stadtpolizei zur Zeit ältere und z. T. erkrankte Personen tätig sind. Die Fluktuation hat nichts damit zu tun, dass sich die Mitarbeiter/innen nicht wohlfühlen und deshalb häufig wechseln.

Auch er geht auf eine verkürzte Berichtszeit ein. Man habe jetzt schon einen extrem hohen Berichtsaufwand und würde deshalb gern bei dem Zeitraum von 2 Jahren bleiben.

Stv. Göttenauer wirft ein, dass es heute über SAP möglich sein müsste, per Knopfdruck solche Berichte zu erzeugen, was lt. Vors. Spallek sicher nicht immer so einfach ist.

Stv Schickel betont, dass seine Fraktion ein erheblicher Impulsgeber für die Aufstockung der Stadtpolizei war. Man sei einen großen Schritt vorangekommen und er freut sich über die Sitzungsvorlage.

Die Sitzungsvorlage wird auf Antrag von Stv. Göttenauer wie folgt getrennt abgestimmt:

Ziffer 1 bis 6 und 8 bis 10 gegen Grüne bei Enth. Linke&Piraten
Ziffer 7 gegen Grüne

0042 13-V-31-0001

Bußgeldkatalog für die Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Wiesbaden

Protokollerklärung Linke&Piraten:

Die Fraktion Linke&Piraten nimmt den neuen Bußgeldkatalog zwar zur Kenntnis, lehnt aber sowohl die erhöhten Bußgelder als auch einige Bußgeldtatbestände ab.

Einstimmig

0043 13-V-30-0003

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden X (Wiesbaden-Naurod/Auringen)

Einstimmig

0044 13-V-30-0004

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VIII (Wiesbaden-Kloppenheim/Heßloch)

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 14. Mai 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Einstimmig

0045 Bericht der Dezernentin

Die Beschlussfassung findet sich unter den Punkten 17.1 und 17.2 (Beschluss Nr. 0046 und 0047)

Einstimmig

0046 12-F-33-0018

Integrationsbeauftragte in den Ortsbeiräten
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 18.01.2012
-

Stadträtin Scholz berichtet, dass 8 von 26 Ortsbeiräten eine/n Integrationsbeauftragte/n benannt haben. 12 Ortsbeiräte haben keinen Bedarf und von 6 Ortsbeiräten fehlt die Rückmeldung. Sie sei von dem Ergebnis enttäuscht. Man sei dabei, eine Zusammenstellung zu machen und wird diese dem Ausländerbeirat vorstellen. Auch ein Leitfaden sei in Arbeit und wird dem Ausschuss vorgestellt.

Vors. Spallek erinnert daran, dass geplant war, eine gemeinsame Sitzung mit den Integrationsbeauftragten, dem Ausländerbeirat und dem Ausschuss zu organisieren.

Es besteht Einigkeit darüber, dass diese gem. Sitzung nicht mehr vor den Sommerferien stattfinden kann. Vorgesehen ist die 1. Sitzung des Ausschusses nach den Sommerferien 03.09.2013 nach der regulären Sitzung (19.00 Uhr), da zu Beginn der Sitzung gemeinsam mit dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten zu dem Antrag „Warmes Wiesbaden“ getagt wird.

Vors. Spallek wirft ein, dass die Vorbereitungen bei den Stadtteiljugendbeauftragten gut geklappt hätten und er auch hier davon ausgeht.

Stv. Apel findet es gut, dass es für die Integrationsbeauftragten auch einen Leitfaden geben wird. Aber die Beteiligung der Ortsbeiräte fehle ihr, denn es handelt sich ja um Integrationsbeauftragte des Ortsbeirates. Sie legt außerdem Wert auf den Begriff „Integrationsbeauftragte“ und nicht „Helfer“.

Vors. Spallek weist darauf hin, dass man hier über die Umsetzung eines Beschlusses diskutiere. Man könne die Ortsbeiräte oder Ortsvorsteher mit einladen, da sähe er kein Problem.

Stadträtin Scholz berichtet, dass sowohl Integrationshelfer als auch Integrationsbeauftragte eine wichtige Funktion haben. Sie möchte aber kein Stigma. Sie enttäuscht, dass es bei den Integrationsbeauftragten keine sichtbare Bewegung gibt. Wenn man sich austauscht, kann es zu Ergebnissen kommen. Man könnte die Ortsbeiräte mit einladen. Aber die Integrationsbeauftragten sollten sich zunächst austauschen können. Eine ganz große Runde sollte man nicht zu Anfang machen.

Vors. Spallek möchte die Abläufe der Verwaltung überlassen.

**Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 14. Mai 2013**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Schickel kennt die Überlegungen der 12 ablehnenden Ortsbeiräte nicht. Er weiß aber, dass ein Ortsbeirat diskutiert hat, dass man davon ausgeht, dass es ein falsches Signal sein könnte, Integrationsbeauftragte zu benennen, denn man habe doch keine Integration mehr nötig. Er regt an, zu versuchen, die ablehnenden Ortsbeiräte noch einmal einzubinden, wenn das Konzept fertig ist.

Auch Stadträtin Scholz hofft darauf, weitere Ortsbeiräte gewinnen zu können. Sie sieht viele Möglichkeiten, wenn der Ortsbeirat unterstützt wird. Es könnte eine Win-Win-Situation sein. Aber man werde mit denen beginnen, die jetzt schon mitarbeiten wollen.

Stv. Dr. Delbasteh berichtet von einer Veranstaltung, die er im März im Hilde-Müller-Haus organisiert hat, für die er aber bis jetzt noch kein Geld erhalten habe. Dies wird mit dem Ausländerbeirat zu klären sein.

Einstimmig

0047 11-F-03-0049

Moscheebau in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.08.2011 -

Herr Burgmeier stellt einen umfangreichen Bericht zum Stand der Moscheebauten, der Eigentumsverhältnisse in Bezug auf die notwendigen Grundstücke usw. vor.

Dieser Bericht wird in schriftlicher Form nachgereicht und den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Vors. Spallek fragt nach, ob in einer Gemeinde ein Leichenwaschraum aus den Mitteln des Ausländerbeirates finanziert wurde und ob es sich dabei um eine Integrationsmaßnahme handele. Er möchte wissen, ob das genehmigt wurde und welche Begründung es dazu gab.

Herr Burgmeier bestätigt, dass der Antrag an die Vergabekommission des Ausländerbeirates gerichtet war. Die Verwaltung prüfe nur, ob der Antrag formell richtig ist. Die Vergabe von Mitteln obliegt dem Ausländerbeirat. Die Geschäftsstelle mischt sich nicht ein, wenn der Ausländerbeirat Anträge genehmigt hat.

Er weist aber darauf hin, dass der Ausländerbeirat mit Stadträtin Zeimetz wegen Bestattungen ohne Sarg im Gespräch ist.

Der konkrete Anlass war der Tod der Frau des Vorsitzenden von Ditib.

Der Leichenwaschraum steht aber für alle in Wiesbaden verstorbene Muslime zur Verfügung.

Stv. Dr. Delbasteh fragt nach dem konkreten Stand einer Baugenehmigung der Tauhid-Gemeinde.

Vors. Spallek weist darauf hin, dass über ein lfd. Verwaltungsverfahren nicht im Ausschuss berichtet werden kann.

Einstimmig

Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 14. Mai 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0048 **Verschiedenes**

Zu diesem Punkt wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

0049 **13-F-03-0024**

Warmes Wiesbaden
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 21.02.2013 -

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration zu Beginn seiner Sitzung am 03.09.2013 gemeinsam mit dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten zum Antrag „Warmes Wiesbaden“ tagen. Dazu werden auch Vertreter von „Warmes Wiesbaden“ eingeladen.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .06.2013

Vorsitzender

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Spallek

Weck

Koba